

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründer 1856

Verlagsgesellschaft des täglich erscheinenden „Dresdner Nachrichten“...
Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden, Weißhof-Str. 10/11, Dresden
Redaktion: mit beil. Geschäftsstelle
(Dresden, Markt) 10/11, Uferstraße
Schneiderei werden nicht aufbewahrt

Starke Gegenläufe Hindenburg-Brüning

Fortsetzung der Aussprache am Montag

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Mai. Der Reichspräsident v. Hindenburg traf am Sonntag früh, im Sonderzug von Reuders Kommand, in Berlin ein. Bereits um 11 Uhr vormittags begab sich der Reichskanzler Dr. Brüning, wie angekündigt, ins Präsidentenpalais. Bereits 11,45 Uhr war dieser Besuch beendet. Alle amtlichen Stellen schweigen sich über den Inhalt dieser Unterredung, die unter vier Augen stattgefunden hat, aus. Das amtliche Kommuniqué besagt lediglich, daß die Unterredung am Montagmittag 12 Uhr ihre Fortsetzung finden soll.

Die wir hierzu von wohlunterrichteter Seite erfahren, ist die Zurückhaltung der Aussprache darauf zurückzuführen, daß die Unterredung offensichtlich erhebliche Differenzen zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten

zutage gefördert habe. Die Absicht des Reichskanzlers, gewissermaßen mit wenigen Worten Hindenburg von der Notwendigkeit seines Verbleibens zu überzeugen, ist jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Die politischen Schwierigkeiten müssen schon sehr groß gewesen sein, daß man sich nach kurzer Dauer der Unterredung zur Vertagung zum Montag entschloß. Es scheint sich um mehr herauszustellen, daß der an amtlichen Stellen in den letzten Tagen mit großer Heftigkeit verbreitete Pessimismus über die Lage der Reichsregierung ein irreführendes Mandat gegeben ist. Soweit man erfährt, soll es nicht nur zu schlichten, sondern

sonar zu persönlichen Differenzen

zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler gekommen sein. Die Umgebung des Reichskanzlers ist entsprechend nervös. Schon am Sonntagabend fiel es übrigens aus Anlaß des Banketts der ausländischen Pressevertreter in Berlin auf, daß verschiedene politische Persönlichkeiten, die der linken Zusammlung sind, den höchst auffallenden Versuch machten, sich mit bestimmten Kreisen zu verständigen und in Verbindung zu setzen, die als die Nachträger von morgen gelten.

Jedenfalls kann man am Sonntagabend unumwunden feststellen, daß die Stimmung in der Umgebung des Reichskanzlers Dr. Brüning sehr pessimistisch geworden ist.

Die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Brüning liegt nunmehr vollständig in der Hand des Reichspräsidenten. Er hat es zu bestimmen, ob Brüning und sein Kabinett vollständig verschwindet oder ob nur eine Teilumwidmung über die Lausanne Konferenz hin stattfindet. Die Voraussetzungen der Entscheidung sind unter diesen Umständen außerordentlich risikant. Vielleicht sucht der Reichskanzler auch der Entscheidung auszuweichen, um erst einmal die für Dienstag angelegte Sitzung des Reichsrates des Reichstages vorübergehen zu lassen. Für den Fall gewisser Änderungen im Reichskabinett hat bekanntlich die Sozialdemokratie ihre Opposition angemeldet. Nimmt der Reichskanzler aus Grund der Wünsche des Reichspräsidenten eine Umwidmung des Kabinetts nach rechts hin vor, so kann sehr wohl der Zustand eintreten, daß dieses erregte Kabinett Brüning die Tolerierung seitens der Sozialdemokratie einbüßt, ohne daß Vertrauen der Reichsopposition zu gewinnen. Dann würde der Reichskanzler mit seinem Kabinett im Reichstag in hoffnungsloser Minderheit sein und parlamentarisch zum Rücktritt gezwungen werden.

Die höchste unsicher gewordene Lage des Kabinetts scheint sich jetzt unter den Ministern des Reichskanzlers ebenfalls höchst krisenhaft auszuwirken. Man spricht davon, daß die Wirtsschätzung zunächst einmal auf den nächsten Mitarbeiter des Reichskanzlers, den Arbeitsminister Stegerwald, übergriffen habe. Besonders empört sind einige Kabinettsmitglieder, daß Brauner auch als Reichsinnenminister fallen gelassen ist. Man spricht auch von einer Krise um den Reichsfinanzminister Dietrich, und schließlich hebt auch das Schicksal des Reichsernährungsministers Schiele im Mittelpunkt der Debatte.

Ob unter diesen etwas verwickelten Umständen die moralische Reue zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten zu einer reiflichen Klärung führen wird, steht, wie gesagt, dahin. Es scheint sich in den Kreisen um den Reichskanzler, wie schon oben bemerkt, die Absicht zu verbreiten, die Angelegenheit nochmals auf die lange Bank zu schieben.

Die sich freilich der Reichskanzler, gestützt auf eine solche Regierung, die Verhandlungen in Lausanne vorstellt, ist nicht ersichtlich.

Jedenfalls muß Deutschland ja doch den kürzeren ziehen, wenn es nicht durch einen Außenminister vertreten ist, der das rechte Wort in denjenigen politischen Faktoren in Deutschland geltend, die heute und morgen ausschlaggebend sein werden. Praktisch hat ja der Reichspräsident gegenüber dem Kabinett nur die Möglichkeit, zwischen der Entlassung des Reichskanzlers und der Bildung einer völlig neuen Reichsregierung oder dem Verharren im jetzigen Schwebestadium zu wählen. Es ist noch nicht bekannt, ob der Reichspräsident v. Hindenburg den Reichskanzler bereits vor

diese Alternativen gestellt hat. Auf die Dauer wird der Entscheidung zwischen diesen beiden Möglichkeiten jedoch nicht mehr auszuweichen sein.

Der Abbau der Erwerbslosenunterstützung

Berlin, 29. Mai. Ueber den bereits bekanntgewordenen sozialpolitischen Inhalt der Notverordnung hinaus bringt der „Politisch-Wirtschaftliche Zeitungsdienst“ eine Mitteilung mit neuen Angaben, in der es unter anderem heißt: Da die in Aussicht genommenen neuen steuerlichen Belastungen zum Ausgleich des Defizits nicht ausreichen, sollen

die Sätze der Arbeitslosenversicherung und der Krankenfürsorge auf die Höhe für die Wohlfahrtsfürsorge gesenkt werden.

Die durchschnittliche Senkung beträgt in der Arbeitslosenversicherung 23 v. H.; sie geht aber an kleinen Orten und für ledige Unterhaltungsmitglieder bis fast zu 50 v. H. In der Krankenfürsorge ist eine Senkung von 15 v. H. vorgelesen. Dabei soll eine Aufgliederung nach Ortsklassen erfolgen. In der Invalidenversicherung muß zur Deckung des Defizits eine Senkung der Renten durchgeführt werden. Die eigentliche Invalidenrente von 80,80 RM. im

Monatsdurchschnitt wird um 6,50 RM. auf 74,30 RM. gesenkt. Die Witwenrente wird von 21,85 RM. im Durchschnitt um 3 RM. auf 18,85 RM. und die Waisenrente von etwa 14,75 RM. um 4 RM. auf 10,75 RM. herabgesetzt werden.

Die NSDAP. zum Wahlsieg in Oldenburg

München, 29. Mai. Zum Oldenburger Wahlergebnis schreibt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP.: „Die NSDAP. hat bei der heutigen Oldenburger Landtagswahl die absolute Mehrheit von sämtlichen Mandaten erobert. In der Entscheidungsstunde des Kabinetts Brüning hat das Volk gesprochen und Recht und Anspruch der NSDAP. auf die Staatsführung mit einer überwältigenden Vertrauensfundgebung bestätigt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte für die wirkliche Stimmung des Volkes und für die hoffnungslose Minderheit, in der sich das Kabinett Brüning in ganz Deutschland befindet, dann ist er heute in Oldenburg für das ganze deutsche Volk erbracht worden. Was gedenkt Herr Dr. Brüning und sein Kabinett morgen mittag um 12 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten zu erklären?“

Oldenburg, 29. Mai. Die Oldenburger Landtagswahl wurde am Sonntag um 17 Uhr abgeschlossen. Am Nachmittag setzte ein starker Gewitterregen ein, der fast den ganzen Nachmittag andauerte und die Wahlbeteiligung erheblich beeinflusste. In Zwischenfällen ist es bis auf einen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Cloppenburg, bei dem mehrere Kommunisten verletzt wurden, sonst nirgends gekommen.

Die Landtagswahlen in Oldenburg

Uebervältigender Sieg der Nationalsozialisten: 24 von 46 Mandaten!

Oldenburg, 29. Mai. Die Zusammensetzung des neugewählten Oldenburger Landtages wird auf Grund der amtlichen Errechnung folgende sein:

	Alter Landtag	Neuer Landtag
Nationalsozialisten	19	24
Deutschnationale	2	2
Nationale Vereinigung (NSDAP. u. Wirtschaftspartei)	2	—
Landvolk	1	1
Staatspartei	1	1
Zentrum	9	7
Sozialdemokraten	11	2
Kommunisten	8	2
	48	46

Die Herabsetzung der Mandatszahl von 48 auf 46 hängt mit dem veränderten Wahlleiter zusammen, der sich aus der Wahlbeteiligung ergibt.

Absolute Mehrheit der NSDAP.

Vor fast genau einem Jahre hatte der Freistaat Oldenburg einen ähnlichen politischen Sonntag wie heute. Das damals gewählte Parlament, in dem sich links und rechts die Waage hielten, erwies sich jedoch als nicht arbeitsfähig. Die Nationalsozialisten errangen 37,2 Prozent aller Stimmen und 19 von 48 Mandaten. Da sie zusammen mit Deutschnationalen, dem Landvolk und der Volkspartei nur genau die Hälfte der Sitze innehaben, gelang es nicht, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, so daß die Beamtens-

regierung des früheren Landtages (Drüver-Miller-Galbedorn) als Geschäftsmministerium bis heute weiter amtiert konnte. Ein nationaler Volksentscheid erzwang schließlich Neuwahlen.

Die heutigen Wahlen haben den Umschwung gebracht: Oldenburg ist nach Braunschweig das zweite Land, in dem das Zentrum seiner Schlüsselstellung verlorenacht. Die Wahlbeteiligung hat gegenüber dem Vortage abgenommen, so daß der beträchtliche absolute Stimmengewinn der Nationalsozialisten (mehr als 25 Prozent!) sich in einer Vermehrung der Mandate auswirkte. Von 46 Mandaten haben die Nationalsozialisten allein 24 errungen, so daß theoretisch nicht einmal die Unterstützung durch die Deutschnationalen notwendig wäre. Auch diese haben an Stimmenzahl zugenommen, was sich jedoch nicht in der Mandatszahl auswirkte.

Die Kommunisten haben überall verloren, die Sozialdemokraten in den meisten Bezirken ebenfalls. Die Nationale Vereinigung, die Zusammenfassung von Deutscher Volkspartei und Wirtschaftspartei, erlitt einen völligen Zusammenbruch, die Staatspartei hat Verluste erlitten, die, abgesehen von der Stadt Oldenburg, zwischen 25 und 40 Prozent schwanken. Auch das Zentrum, das im Münsterland eine sichere Domäne hatte, in der bei Reichstagswahlen fast stets der höchste Prozentlag erreicht wurde (bis 80 Prozent aller abgegebenen Stimmen), hat auch an absoluter Stimmzahl verloren, so daß es von seinen neun Mandaten zwei abgeben mußte. Es ist nicht mehr, wie bisher, in der glücklichen Lage, Koalitionen nach links oder nach rechts zu bilden, sondern die nationale Rechte kann nunmehr ein Kabinett bilden ohne Rücksicht auf die schwarz-rote Koalition.

	NSDAP	SPD	DKP	RPD	Nationale Vereinigung	Staatsp.	Landv. P.	NSDAP	Zentrum
Ges.-Ergebnis Freistaat Oldenburg	15 629	50 987	1 464	15 590	2 308	6 213	5 987	131 323	43 114
Landtagswahl Mai 1931.....	12 029	54 878	224	18 935	15 012	8 513	5 405	97 778	46 192
1. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	27 389	—	—	20 434	—	—	—	122 156	—
2. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	—	—	—	14 196	—	—	—	140 721	—
Landesteil Oldenburg.....	13 256	39 747	1 306	11 361	1 662	5 642	5 987	103 486	35 405
Landtagswahl Mai 1931.....	11 202	42 873	224	14 760	8 843	7 746	5 405	80 030	42 400
1. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	23 989	—	—	15 623	—	—	—	96 162	—
2. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	—	—	—	10 859	—	—	—	110 930	—
Landesteil Birkenfeld.....	606	3 189	156	2 418	499	239	—	15 319	3 296
Landtagswahl Mai 1931.....	—	3 722	—	2 304	5 194	336	—	8 092	3 498
1. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	1 649	—	—	2 889	—	—	—	14 170	—
2. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	—	—	—	1 949	—	—	—	16 407	—
Landesteil Lütbeck.....	1 787	8 048	—	1 883	256	241	—	12 720	323
Landtagswahl Mai 1931.....	1 427	8 283	—	1 871	975	431	—	9 656	204
1. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	1 851	—	—	1 922	—	—	—	11 824	—
2. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	—	—	—	1 388	—	—	—	13 384	—
Stadt Oldenburg.....	3 029	4 691	348	3 419	640	2 696	20	12 635	729
Landtagswahl Mai 1931.....	2 452	5 862	—	3 396	1 897	2 236	98	10 870	1 307
1. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	4 699	—	—	3 684	—	—	—	11 073	—
2. Wahlgang Reichspräsidentenwahl.	—	—	—	2 521	—	—	—	13 848	—

Zahl der Wahlberechtigten 988 000, abgegebene Stimmen 274 022, davon ungültig 2205.